

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von Ursula Hiemenz

1127 Textilarbeiter/-innen starben bei Gebäudeinsturz

Am 24. April 2013 ist in Savar, einem Vorort von Dhaka, ein neunstöckiges Fabrikgebäude eingestürzt, welches fünf Textilfabriken beherbergt hatte. Zum Unglückszeitpunkt arbeiteten dort über 3500 Menschen. Bis zum 13. Mai wurden 1127 Tote und 2400 Überlebende, zum Teil schwer verletzt, aus den Trümmern geborgen. Die Fabrikbesitzer hatten Berichten zufolge Arbeiter/-innen zur Arbeit gezwungen, obwohl am Vortag des Einsturzes Risse an dem Gebäude festgestellt worden waren und die Polizei eine Schließung angeordnet hatte. Nur fünf der neun Stockwerke des Gebäudes waren genehmigt. Zudem soll minderwertiges Baumaterial verwendet worden sein. Der Gebäudebesitzer und zwei Textilunternehmer wurden verhaftet. Nach dem Einsturz protestierten Zehntausende gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen in der Textilindustrie.

Bangladesch hat einen neuen Präsidenten

Abdul Hamid ist neuer Präsident von Bangladesch. Der 69-Jährige wurde von der Wahlkommission am 22. April 2013 in Dhaka vorzeitig zum 20. Präsidenten des Landes ernannt. Es gab außer ihm keinen anderen Bewerber um das höchste Staatsamt, welches in Bangladesch vor allem repräsentative Funktion hat. Eigentlich hätte die Wahl des neuen Präsidenten durch die etwa 350 Mitglieder des Parlaments am 29. April 2013 erfolgen sollen. Eine Woche vorher erklärte die regierende Partei Bangladeschs, die *Awami League*, Hamid zu ihrem Kandidaten. Die Partei hält mehr als drei Viertel der Parlamentssitze. Die Opposition boykottiert seit März vergangenen Jahres die Parlaments-sitzungen. Hamid wurde nach der Regierungsbildung durch die *Awami League* im Jahr 1996 stellvertretender Sprecher des Nationalparlaments, 2001 dann stellvertretender Vorsitzender der Oppositionspartei in der Nationalversammlung. Von Juli bis Oktober 2001, sowie erneut seit 2009 bekleidete er das Amt des Parlamentssprechers. Der vorherige Präsident, Zillur Rahman, war im März im Alter von 84 Jahren in einem Krankenhaus in Singapur an einer Lungenentzündung gestorben. Der Amtseid Rahmans 2009 bedeutete für Bangladesh die Rückkehr zur Demokratie nach zwei Jahren Militärherrschaft.

Die Forderungen der islamistischen Bewegung Hefajat-e-Islam

Die islamistische Bewegung *Hefajat-e-Islami* hat Anfang April einen „Langen Marsch“ von der Hafenstadt Chittagong bis nach Dhaka organisiert. An der Schlusskundgebung in Dhaka nahmen nach Polizeiangaben etwa 100.000 Menschen teil. Mit dem „Langen Marsch“ will die *Hefajat-e-Islam* ihren an die Regierung gerichteten Forderungen Nachdruck verleihen. Unter anderem fordert die Bewegung, dass die Klausel „das absolute Vertrauen und der Glaube an den Allmächtigen Allah soll die Basis allen Handelns sein“ wieder in die Verfassung aufgenommen wird. Zudem sollen alle Gesetze – vor allem auch diejenigen, die Frauenrechte betreffen – abgeschafft werden, sollten sie dem Koran widersprechen. Des Weiteren fordert die Bewegung die Einführung eines Gesetzes, das die Todesstrafe für alle diejenigen vorsieht, die den Islam, den Propheten Mohammed und die Muslime beleidigen. Entsprechend sollen „atheistische“ Blogger und diejenigen, die die Shahbag-Bewegung¹ anführen und die den Islam und den Propheten beleidigt haben, bestraft werden. Die Bewegung fordert weiterhin eine strikte Trennung der Geschlechter in der Öffentlichkeit, das Verbot des Anzündens von Kerzen als Symbol für individuelle Persönlichkeitsrechte und Meinungsfreiheit, die Einführung eines verpflichtenden islamischen Lehrplans ab der Grundschule sowie ein Verbot aller Aktivitäten von NRO, die Muslime zur Konversion zu anderen Glaubensrichtungen anstiften wollen. Der Glaubensgemeinschaft der Ahmadiyya müsse es offiziell verboten werden, sich als muslimisch zu bezeichnen. Die Regierung von Bangladesch äußerte sich bisher zwar abschlägig zu den Forderungen, setzte aber gleichzeitig einen Ausschuss zur Überwachung islamkritischer Aktivitäten im Internet ein. Eine der ersten Maßnahmen dieses Ausschusses war die Verhaftung von vier „atheistischen“ Bloggern Anfang April 2013. Die Blogger werden teilweise als atheistisch dargestellt, teilweise bezeichnen sie sich auch selbst als Atheisten. Ihnen wird vorgeworfen, über soziale Medien die religiösen Gefühle der muslimischen Mehrheitsbevölkerung verletzt zu haben. Im Falle eines Schuldspruches drohen ihnen mehrere Jahre Haft.

¹Laut *Tagesspiegel* vom 6. Mai 2013 geht diese Bezeichnung auf die oben genannten Massenproteste zurück, die als Shahbag-Bewegung bekannt wurden. Angestoßen von Bloggern demonstrierten über Wochen junge Menschen im Viertel Shahbag von Dhaka gegen den wachsenden Einfluss religiöser Kräfte auf die Politik. Die Shahbag-Aktivisten sind Muslime, die für eine Trennung von Religion und Staat eintreten. Sie fordern, dass Bangladesch zu seinen säkularen Wurzeln zurückkehrt.

Einigung auf Entschädigungszahlungen nach Textilfabrikbränden

Bei einem Treffen in Genf am 15. April 2013 einigten sich die Einzelhändler *C&A*, *KiK* und *El Corte Inglés* auf einen Plan zur Wiedergutmachung für die Opfer des verheerenden Brandes in der *Tazreen*-Fabrik. Bei dem Feuer in der Textilfabrik in der Nähe von Dhaka wurden im November vergangenen Jahres 112 Arbeiterinnen und Arbeiter getötet, mehr als 200 verletzt. Die Höhe der Entschädigungszahlungen beträgt insgesamt 4,3 Millionen Euro. Seit der Brandkatastrophe hatten Gewerkschaften und Aktivisten fast täglich dafür demonstriert, dass Produzenten und Auftraggeber in die Verantwortung gezogen werden. Neben den genannten Händlern sagten auch die italienische Bekleidungsmarke *Piazza Italia* und das Hongkonger Handelshaus *Li&Fung* ihre finanzielle Unterstützung zu. Andere Firmen wie *Walmart*, *Sers/Kmart* oder *Disney*, die ebenfalls von *Tazreen Fashions* anfertigen ließen, nahmen hingegen weder am Treffen teil, noch erklärten sie sich bereit, sich an der Wiedergutmachung zu beteiligen. Der Einzelhandelskonzern *Walmart*, der der größte Auftraggeber von *Tazreen Fashions* gewesen sein soll, gab eine Woche vorher bekannt, dass die Firma 1,2 Millionen Euro für Ausbildungsmaßnahmen und für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz in Bangladesch spenden werde.

Zwei Tornados zerstören mehrere Dörfer

Bei einem Tornado im Südosten Bangladeschs sind am 22. März 2013 mindestens 22 Menschen ums Leben gekommen. Mehr als 300 Menschen wurden verletzt, Tausende verloren ihren Besitz. Im Distrikt Brahmanbaria, 100 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Dhaka, wurden ebenfalls etliche Dörfer verwüstet. Zahlreiche Dächer wurden abgedeckt und mehr als 500 Wohnungen beschädigt. Umgestürzte Bäume und Strommasten sowie Autowracks blockierten Straßen und erschwerten so den Zugang für Rettungskräfte. Am Tag nach dem Tornado verteilten lokale Behörden Säcke mit Reis sowie Pakete mit Wellblech und 60 Euro an die vom Wirbelsturm betroffenen Familien. Erneut mussten Hunderttausende evakuiert werden, als am 16. Mai der Tornado *Mahasen* in Küstennähe südlich von Dhaka mit schwersten Regenfällen Verheerungen anrichtete. Mindestens 12 Menschen starben.

Bangladesch und Russland unterzeichnen Abkommen für den Bau von Atomkraftwerk

Bangladesch und Russland haben ein Regierungsabkommen zum Bau eines Atomkraftwerkes in Rooppur, 200 Kilometer nordwestlich von Dhaka, unterzeichnet.

Bei Verhandlungen hatte Russland zuvor einen Kredit in Höhe von 385 Millionen Euro zugesichert. Die Arbeiten an dem Atomkraftwerk sollen bereits am 1. Januar 2014 beginnen. Gemäß Sergej Kirijenko, dem Präsident des staatlichen russischen Atomkonzerns *Rosatom*, sind zwei Reaktorblöcke mit einer Leistung von jeweils 1000 Megawatt geplant. Die Inbetriebnahme des Kraftwerkes sei dann für Anfang der 2020er Jahre vorgesehen. Experten kritisieren den Bau des Kraftwerks. Zum einen sei die Gegend, in der das Kraftwerk stehen soll, erdbebengefährdet und sehr dicht bevölkert. Im Falle eines nuklearen Unfalls müssten drei Millionen Menschen, die in einem Radius von 30 Kilometern des Werkes leben, evakuiert werden. Zum anderen könne Bangladesch weder die Investitionskosten in Milliardenhöhe für ein solches Kraftwerk stemmen, noch gäbe es ausgebildetes Personal, um dieses zu betreiben.

Schüsse auf bengalische Saisonarbeiter in Griechenland

Am 17. April 2013 schossen in den Erdbeerfeldern von Manolada im westlichen Peloponnes Vorarbeiter auf ungefähr 30 Saisonarbeiter, die meisten von ihnen waren Bangladeschis. Zuvor hatten circa 200 Arbeiter ihre Gehaltsrückstände aus den vergangenen sechs Monaten eingefordert. Einige der Arbeiter mussten im Krankenhaus behandelt werden, jedoch befand sich keiner der Arbeiter in Lebensgefahr. Der Besitzer des landwirtschaftlichen Betriebes und ein Vorarbeiter wurden verhaftet. Im Internet und in sozialen Medien wurde nach Berichten über die Schießerei zum Boykott von „blutigen Erdbeeren“ aus Manolada aufgerufen. Griechenland gilt für viele asiatische und afrikanische Migranten als Tor nach Europa. Viele von ihnen, meist in illegalen Arbeitsverhältnissen, werden ausgebeutet und müssen psychische und physische Gewalt ertragen. In den vergangenen Monaten kam es in Griechenland wiederholt zu Übergriffen auf Arbeitsmigranten.

Verluste in der Textilindustrie

Die derzeit häufig ausgerufenen Generalstreiks in Bangladesch kosten laut Atiqul Islam, Präsident des Verbandes der bangladeschischen Textilproduzenten und -exporteure, die bangladeschische Textilindustrie umgerechnet zwei Millionen Euro pro Tag. Gründe seien die mit den Streiks einhergehenden Produktionsausfälle sowie der teure Luftversand von verspäteten Aufträgen. Internationale Abnehmer der Textilprodukte platzieren ihre Aufträge vermehrt in anderen Ländern, berichtet Islam auf einer Pressekonferenz am 23. April 2013. Nicht nur die Exportwirtschaft müsse große Verluste verbuchen; auch die inländischen Märkte seien stark von den Streiks betroffen.